

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

42 (19.2.1930) Beilage des Volksfreund

Soziale Rundschau

Unhaltbare Zustände bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe-Land, Zweigstelle Knielingen

Wir erhalten in dieser Sache folgende Zuschrift: Die Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe-Land hat sich vor Jahren für ihre Zweigstelle in Knielingen einen Geschäftsführer ausgetagt, der seine Aufgabe offenbar darin erblickt, die Mitglieder, die gewonnen sind, die Kasse in Anspruch zu nehmen, zu isolieren und mit Ausreden abzuweisen. Da sich die Klagen hierüber immer mehr häufen, ist es an der Zeit, daß die maßgebenden Personen und Stellen einmal in aller Öffentlichkeit darüber befragt werden, ob sie gewillt sind, das Geschäftsgeschäft des Herrn Geschäftsführers in Knielingen auf weiterhin zu dulden oder ob er etwa gar in ihrem Auftrag handelt, wenn er seine eigenartigen Sparmaßnahmen in die Praxis umsetzt. Die Allgemeinheit hat gewiß Verständnis dafür, daß auch bei Krankenkassen große Sparmaßnahmen am Platze sind, allein die Sparmaßnahmen des Knielinger Zweigstellenleiters sind nicht nur unangebracht, sondern auch schädlich. Die Mitglieder dieses Herrn acht nicht mehr länger gefallen lassen. Das Schreiben dieses Herrn acht nicht mehr länger gefallen lassen. Das Schreiben dieses Herrn acht nicht mehr länger gefallen lassen.

Liebeslüsterner Geizkragen

Der alte Major und die junge Verkäuferin

Ein unerhörter Fall von Ausbeutung einer Frau als Arbeitskraft und als Geliebte eines 80jährigen Majors aus der Familie des Schmalzfabrikanten Gilka gelangte durch das Berliner Arbeitsgericht an die Öffentlichkeit, die den Urteilspräsidenten dieses Arbeitsgerichts bestimmt nicht verhehrt wird: die Ausbeutete, die um ihren wohlverdienten Lohn klagte, wurde kostenpflichtig abgemietet.

Bei dem Termin vor der Hausanwaltschaftskammer des Arbeitsgerichts antworteten zwei unwahrscheinlich alte Frauen als Zeuginnen, die während der langen und aufregenden Verhandlung keinerlei Fragen stellten, oder auch nur durch ein einseitiges Wort ihre Teilnahme bekundeten. So sah auch das Urteil aus: der vor acht Jahren geschriebene Brief an den „lieben vereinten Haus“ habe der Kammer hinreichend bewiesen, daß intime Beziehungen, gleich welchen Grades, bestanden hätten; das Ganze sei als Konfession anzusehen, für das nur der äußere Rahmen eines Arbeitsverhältnisses gemahnt worden sei. Auf die wichtige Frage, daß ja den Kassen der vereinigten Familien Gilka, Wertheim und Dörsch auf Kosten der besten Jahre des Arbeiterfindes die Ausgabe für die notwendige Bedienung des lebenslustigen Greises gespart worden ist, ging das Gericht nicht ein.

Das kleine Mädchen, gebelnd vom Glanz des Namens, von der vornehmen Verwandtschaft des Alters mit dem Hause A. Wertheim, mit den Inhabern der Stahlwerke Hoch, sah in dieser Bekanntheit das große Los. Gegen im Elternhaus, schwere Arbeit bei geringer Bezahlung und die ewige Hoffnung so vieler Frauen, daß das Leben gerade ihnen eine Erlösung braten und sie vor dem Lohnflauen des Alters ihrer Klagen entziehen würden, drückten das junge und unerfahrene Mädchen auf diesem wohnortlichen Liebesband. Sie gab ihren Beruf auf, um in der „Goldenen Hütte“, wie der alte sein Haus zu nennen pflegte, den Posten einer Wirtschaftlerin, Krankenpflegerin und Geliebten auszufüllen. Der raffinierte Greis hatte das Gefühl für die Arbeitskraft und sicherte sich das Mädchen durch ein Testament. Seine geschiedene Frau und die Kinder waren bereits früher abgefunden, er lebte von einer Rente und den Zinsen seiner fortaltraktierten Schwiegereltern; zu erben gab es nur die Wohnanwesenheiten, Silber, Wäsche und ein paar geringe Gegenstände. In feierlicher letztwilliger Verfügung bestimmte er die Einkünfte seiner Leibe in der Berliner Kreisfestsitzung. Aufzählung in der Uniform der Leibarbeiter, Bezeichnung im Manuskript der Familie Gilka unter Beteiligung der ehemaligen Kameraden der Garde-Kanalarbeiterin mit Kapelle, „lustigen Kameraden“ und Sankturschützen am Grabe. Nach dieser standesgemäßen Einleitung kam den fünf, unter Berücksichtigung der Wirtschaft an das Vermögen.

Seltenes unteres Fraktionsmitglied des Reichstages wurde zu diesem Zweck durch den Reichstagspräsidenten, an der Zahl weit über 100, ohne die Ausgesetzten, man leidet immer noch nicht gewillt ist, für die Ferniten unter den Armen Notstandsarbeit zu beschaffen. Nach längerer Aussprache wurde schließlich doch noch die Genehmigung sämtlicher Fraktionen zu Punkt 3 erteilt. Punkt 4: Verlebens. Gen. Bürgermeister Lehmann gab Aufklärung bezüglich der Zinsverbodung von 9 auf 8 1/2 Prozent Hypothekenzinsen der Bezirksparlament Durlach (Zweiglied Grunwetterbad). Auch hierüber schloß sich eine kurze Aussprache an. Um 10 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Stimmungsbilder aus dem weißen Schwarzwald

Schwarzwaldwinter! Das Wort klingt hell, heiter und leicht; es ist, als schreie man belüßelt über weißen, klaglos, schimmernden Schnee. Es klingt nach flackerndem Feuer in der „Kunst“ eines alten Schmiedehammers. Bauernhofes, nach dörflichen Eislumen an den „Bauernhöfen“.

Die Krankenkassen wehren sich

Der Reichstag und Vorstand des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen haben in einer Entschließung gegen den Plan des Reichsversicherungsamtes, den Haushalt des Reiches und der Arbeitslosenversicherung durch Heranziehung von Mitteln der Sozialversicherung auszugleichen, ihren Protest geltend gemacht. Sie bezeichneten diesen Plan als eine nicht zu verantwortliche Gefährdung der Gesundheitsvorsorge, da der der Invalidenversicherung für Gesundheitsförderung zur Verfügung gestellte Betrag von 40 Millionen aus Sollerrenten auf 20 Millionen und der der Krankenversicherung zur Durchführung der Familienwohnbauhilfe zu erhaltende Betrag von 20 Millionen auf 5 Mill. herabgesetzt werden sollen. Die im Vorjahr beschlossene Einmahlzahlung der Krankenkassen zugunsten der Arbeitslosenversicherung um mehr als 30 Millionen habe mit Beitragsrückstellungen in der Krankenversicherung ausgeglichen werden müssen. Eine weitere Verminderung der Einnahmen um 24 Millionen müsse abermals Beitragsrückstellungen auslösen. Der Reichstag habe daher derartigen Vorstößen der Reichsregierung kein Gehör zu geben.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsitzung in Weingarten am 13. Februar

Dem Gehalt des B. Wagner um Zulassung als Gemeindeglieder und eintraten. — Der Umwandlung von Brennholz an die Kleinrenten, Wäldchen und Schwefelstationen wird wie alljährlich entprochen. — Die Kassenzinsfrage des Gemeindeglieders wird zur Kenntnis genommen. — Zu Haushaltssachen werden die Gemeinderäte Martin und Ziel erannt. — Das Bürgerabholz der Zukunft der privaten Pflanzung entziehen. — Ein Gehalt um die Aufstellung der privaten Pflanzung wird genehmigt. — In einer Zuschrift des Reichstages wird dem Gemeinderat frägt dasselbe an, warum man von den Vorschlägen des Reichstages bei der Auswahl zur Reichstagswahl keinen Gebrauch gemacht habe. Dasselbe sei nach politischen Gesichtspunkten erfolgt. Dasselbe könne wohl bald weiter, aber nicht fortgesetzt werden. Bekanntlich wurden dem Reichstag durch 14 Bewerber zur Einigungsprüfung vorgelegt, davon erhielten drei einen Prüfungsbescheid (zwei mit gut, der dritte mit hinlänglich) und alle drei aus einem politischen Lager. Sie können nicht verstehen, warum der Gemeinderat von den anderen drei Prüflingen keinen Prüfungsbescheid erhalten hat; den zu dem hätte es jedenfalls allen gereicht. Ans will dünken, daß nicht auf die politische Einstellung der Prüflinge auch ein wenig Rücksicht genommen hat. An tüchtigen Beratern wird es jedenfalls ausgesprochen, wie das Fortamt Durlach über interne Vorstände im Gemeinderat Weingarten zu genau unterrichtet ist. — Einem Gehalt wegen Erweiterung der Mädchenfortbildungsschule wird der Gemeinderat ablehnend gesunken. — Dem Reichstag wird die Verwendung des Straßengeldes vom Landemittelbesitzer wird wegen seiner Sportplatzangelegenheit empfohlen, sich mit dem Sportverein Germania verständigen. Bei einigermassen zurecht Wille auf beiden Seiten ist es ganz gut möglich.

Bürgerauschussung in Grünwettersbach

Die am Samstag abend, 15. Februar, stattgefundene Bürgerauschussung war von den bürgerlichen Fraktionen scharf belacht. Die Tagesordnung umfaßt 4 Punkte: 1. Zustimmung und Genehmigung der Taxe für Aufauf von Gräbern auf dem Friedhof. 2. Die Taxe für die Bestattung eines Grabes 100 M. 3. Punkt 2: Genehmigung der Sanierung des Friedhofes für die Wasserleitung. 4. Punkt 3: Genehmigung der Sanierung des Friedhofes für die Wasserleitung. 5. Punkt 4: Genehmigung der Sanierung des Friedhofes für die Wasserleitung.

ein Lobesgesang auf „das gute und edle Wesen“ der kleinen Gertrud, die zum Dank für ihre aufopfernde den „allerdings schätzbaren“ Rest des ehemals großen Vermögens erben sollte. — Als sich nach sechs Jahren der alte Sular noch immer frisch und lebendig fühlte, schickte er im Oktober 1928 einen Vertrag auf, der Gertrud besser sichern sollte, als das Testament. Er erklärte schriftlich, sie habe ihm ihren

Arbeitslohn bis zum 1. Oktober 1930 gestundet;

sollte etwa die Erbschaft aus irgendeinem Grunde nichts werden, so sei ihr für all die Jahre ein Gehalt von monatlich 100 M. nachauszahlen. Im Sommer des vorigen Jahres — Gertrud war 26, Gilka inzwischen 79 Jahre alt —, wurde den Alten die Eiferlucht auf Gertruds neuen Freund. Er änderte das Testament, bedrohte das Mädchen mit Gefährden, so daß es schließlich aus Angst um ihr Leben im November das Haus verließ. Vor dem Arbeitsgericht verlor, verurteilte er erst durch fälschliche Angaben einen Anwalt einzuschlagen, entschuldigte sein eigenes Fahrenleben mit Altersschwäche und schickte zuletzt einen Freund, der

1000 M als Abfindung für sieben Jahre

anbieten sollte. Er ließ bestreiten, daß Gertrud in einem Arbeitsverhältnis zu ihm gestanden hätte und präferierte als Beweis einen Liebesbrief, den das dumme Mädchen, 18jährig, am 7. 7. 1922 vor ihrem Einzug in die „Goldene Hütte“ geschrieben hatte. Bei dem Termin vor der Hausanwaltschaftskammer des Arbeitsgerichts antworteten zwei unwahrscheinlich alte Frauen als Zeuginnen, die während der langen und aufregenden Verhandlung keinerlei Fragen stellten, oder auch nur durch ein einseitiges Wort ihre Teilnahme bekundeten. So sah auch das Urteil aus: der vor acht Jahren geschriebene Brief an den „lieben vereinten Haus“ habe der Kammer hinreichend bewiesen, daß intime Beziehungen, gleich welchen Grades, bestanden hätten; das Ganze sei als Konfession anzusehen, für das nur der äußere Rahmen eines Arbeitsverhältnisses gemahnt worden sei. Auf die wichtige Frage, daß ja den Kassen der vereinigten Familien Gilka, Wertheim und Dörsch auf Kosten der besten Jahre des Arbeiterfindes die Ausgabe für die notwendige Bedienung des lebenslustigen Greises gespart worden ist, ging das Gericht nicht ein.

Aus Mittelbaden

Kehl

Herr Gemeinderat Schmitt Der Artikel vom 6. d. M. scheint einigen Herren mächtig in die Glieder gefahren zu sein, an mächtigsten Herrn Gemeinderat Schmitt. Wir können es schon begreifen, daß es für einen Direktor und Gemeinderat peinlich ist, in der Presse kritisiert zu werden. Aber gerade deshalb haben wir es getan, damit der Herr empfindet, wie es tut, wenn man kritisiert wird. An Herrn Schmitt sei eine Frage gerichtet: ist in dem Artikel etwas enthalten über Ihre Person, das nicht der Wahrheit entspricht? Wenn Sie sich nun schon aufregen, wenn wahrheitsgetreue Argumente gegen Sie ins Feld geführt werden, um wieviel peinlicher muß es aber sein für diejenigen, denen Sie durch Verdächtigungen ihren ehrlichen Namen rauben wollen. Das werden Sie doch nicht bestreiten wollen, daß Sie der Hauptmacher bei der Anlage gegen Stadtbauingenieur Schäfer waren. Daß Sie sich so mächtig darüber aufgeregt haben, weil in dem Artikel darauf hingewiesen ist, daß Sie auf Grund Ihrer Politik das Anrecht erworben hätten, Nazi zu sein, können wir nicht begreifen. Sie haben doch 1928 mit Hilfe des Reichs und Kingstholten den Gemeindevorkampf geführt mit der Parole: es muß anders werden als im Reichstag. Das will doch die Nazi auch in allen parlamentarischen und wenn Sie drin sitzen, verstehen Sie nun praktische Arbeit. Daß Sie von Gemeindepolitik nichts verstehen, aber nutzbringende Arbeit haben Sie bis jetzt noch nicht geleistet, nur die Arbeit gestört und der Verwaltung Schwierigkeiten gemacht. Das haben die Nazi auch schon fertig gebracht! Deshalb unsere Bemerkung!

Wir wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft heißt das Gebilde, das Herr Schmitt mit seinen drei Kollegen im Gemeinderat vertritt. Wenn die Herren auch noch nie daran gedacht haben, die Bezeichnung in die Tat umzusetzen, so hat es ihnen doch dazu geholfen, manchen Wähler zu gewinnen.

Wir wollen nun, nachdem die Ihr betretis abgelaufen ist, einmal eine Bilanz ziehen über das Geleistete. Wir stellen fest, daß diese „Arbeitsgemeinschaft“ demnächst Konkurs anmelden muß, denn sie hat nur auf der Soll-Seite Buchungen zu verzeichnen und auf der Seite Haben das Konto gleich Null. Der Konkursverwalter, der den Konkurs demnächst übertragen erhält, wird erklären müssen: mangels Masse nichts zu machen!

Nun zu der oben genannten Bezeichnung noch ein Wort. Nachdem Herr Schmitt den Wahlaufruf unter dieser Bezeichnung erlassen hatte, glaubten wir für unsere Partei Gefahr im Verzuge; aber nicht etwa, weil Herr Schmitt dabei war, sondern weil wir aus den vollendeten Sozialismus auch in einer Form wirtschaftlicher Gemeinschaft vorstellen. Nun hat Herr Schmitt nebst Gesellschaft bis heute noch nicht daran gedacht, nur irgendwie den Sinn zu ihrer Parteibezeichnung zu verwirklichen. Für Herrn Schmitt gilt nur die Wirtschaft, alles andere wird mit Füßen getreten. Nun besteht aber eine Wirtschaft nicht allein aus Direktoren von Expeditionen, sondern dazu gehören auch Angestellte und Arbeiter. Zu einer wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft innerhalb eines Gemeindeverbandes gehören aber noch mehr Leute, z. B. Landwirte, Gewerbetreibende, Ortsarme und leider, trotz der Wirtschaft, die die Herren vertreten, auch Arbeitslose und sonstige Hilfsbedürftige. Wenn Herr Schmitt es wünscht, sind wir gerne bereit ihm den Nachweis zu erbringen, daß er die heute das Gegenteil von dem angestrebt hat, was er in der Wahlzeit versprochen hat. Wegen des Artikelverfassers, Herr Schmitt, wenden Sie sich am besten vertrauensvoll an die Volksfreund-Redaktion, Karlsruhe, Waldstraße 28.

Am Mittag nach dem großen Schneefall hat der Polizeiinspektor durch die verschneiten Dorfstraßen und schickte aus, mer den Bahnhöfen einfallen. Dort sind schon vorzeitig ein paar Pferdebesitzer beisammen und dann gibt der Dorfschuh die Bedienern bekannt. „Alle Dorfstraßen, Kreiswege und die Staatsstraße sind zu befahren und gründlich vom heißen Schnee zu reinigen.“ Der die Arbeit am billigsten verrichten will, erhält den Zuschlag.

Und am anderen Tag, in aller Herrgottsruhe, stampfen acht schwere, behäbige, gar nicht mehr junge Bauerngäule durch den süßlichen Schnee. Der alte, fast etwas morisch erscheinende, aus schmerzlichen Eigenhölzer verfertigte Bahnhöfen wird aus der Gemeindegemeinde herausgeholt und dann wird einseitig, vier Bauernbüchsen schen auf, ein weiterer reitet, richtungweisend, voraus, die großen Schellen an den Pferdehälsen klingeln und die eiserne Zugstange klirrt. Unter Halo und Jubelschrei der beteiligten Dorfritter und unter lautem Hühner und Huh und unter immerwährendem

Der Pflichterfüllende Dadaist